

Polens Ausgaben — 2,8 Milliarden.

Die Budgetkommission des Sejm hat die Beratungen über den Staatshaushaltsplan für 1931/32 abgeschlossen. Wie vorausgesehen war, sind größere Änderungen an der Regierungsvorlage nicht gemacht worden, da die Sanacja-mehrheit ja von vornherein alles akzeptierte, was die Regierung vorlegte. Nichtsdestoweniger hat man sich aber gezwungen gesehen, den Erfordernissen des realen Lebens, wenn auch in ganz ungenügendem Maße Rechnung zu tragen und einige Abstriche vorzunehmen.

Die Einnahmen wurden von der Kommission um 65 100 000 Zloty verringert, u. zw. die Umsatzsteuer um 15 Millionen, die Monopoleinnahmen um 28 Millionen, die Stempelgebühren um 8,5 Millionen. Man ging dabei von der Voraussetzung aus, daß die Einnahmen aus Steuern und Gebühren sowie aus dem Verkauf der Monopolewaren in der Zeit der gegenwärtigen schweren Wirtschaftskrise niedriger sein werden als bisher. Wir glauben, daß die Einnahmen aus den genannten Quellen trotzdem noch zu hoch veranschlagt sind, da die Lage im Lande immer schlimmer wird und dadurch sich auch die Einnahmen des Staates verringern müssen.

Die Ausgaben wurden insgesamt nur um 29,2 Millionen verringert. Man hat also von einschneidenden Sparmaßnahmen auf dem Gebiete der unproduktiven Ausgaben abgesehen. Selbstverständlich sind die Budgets für Heer und Polizei unberührt geblieben!

Zur Endergebnis beziffern sich die vorgesehenen Einnahmen des Staates auf 2 857 312 474 Zloty, die Ausgaben hingegen auf 2 856 985 154 Zloty. Es ist also ein Ueberschuß von nur 323 320 Zloty vorgesehen. Dieser Ueberschuß ist selbstverständlich zu gering (bei den früheren Budgets war er bedeutend höher!), um das Gleichgewicht des Budgets sicherzustellen. Wenn die Krise anhält und die Einnahmen die vorgesehene Höhe nicht erreichen, dann kann dieser Ueberschuß leicht in ein bedeutend größeres Defizit umschlagen.

800 000 Kinder ohne Schulunterricht.

Sanacja-Lehrer kritisieren die Regierung.

Der Wohlstand und die Entwicklung des Volkes sind bekanntlich Dinge, auf die das „freundliche Schaffen“ der Sanacja keinen Bezug hat. Unsere Machthaber sind für alles Zeit und Geld, nur nicht für die leiblichen und geistigen Bedürfnisse weiter Volksmassen. Abgesehen von der wirtschaftlichen Notlage des arbeitenden Volkes, hapert es auch auf anderen Gebieten. Besonders schlimm sieht es auf dem Gebiete des Schulwesens aus. Wohl haben wir den allgemeinen Schulzwang. Dieser steht jedoch nur auf dem Papier, da es in Polen an Schulgebäuden mangelt, um alle schulpflichtigen Kinder zu erfassen. Für neue Schulbauten aber werden von der Regierung lächerlich geringe Summen vorgesehen, während für Heer und Polizei ungeheure Beträge veranschlagt werden.

Die katastrophale Lage des Schulwesens in Polen zwingt sogar die der Sanacja angehörenden Lehrer zu einer kritischen Stellungnahme. So schreibt der „Głos Nauzycielski“, das Organ des Sanacja-Lehrerverbandes: „Unsere Hoffnung, daß das Schulbudget im Sejm entsprechend der Gefahr der Lage rekonstruiert werden wird, ist auf der ganzen Linie enttäuscht worden. Da im Schuljahr 1931/32 der Prozentfuß der von dem allgemeinen Unterricht erfaßten Kinder eine weitere Verringerung erfahren wird, — ist damit die Wendung zur Beseitigung des Grundlages des allgemeinen Unterrichts erfolgt. Was noch schlimmer ist, diese Wendung hat alle Chancen einer konsequenten Weiterentwicklung, da wir nicht vorbereitet sind, um die Lage zu beherrschen. Wenn nämlich in diesem Jahre ca. 800 000 Kinder schulpflichtigen Alters sich außerhalb der Schule befinden, so kann diese Zahl im Jahre 1932/33 auf 1 1/2 Millionen anwachsen.“

Polnische Nationalisten wüten.

Die Hege gegen Ciolkosz.

Vor einigen Tagen haben wir mit Genugtuung darauf hinweisen können, daß der Abg. Ciolkosz (P.S.) den Mut gefunden hat, sich gegenüber den Ukrainern in Ostgalizien begangenen Gräueltaten mit entschiedenen Worten zu verurteilen und die falsche Minderheitenpolitik des polnischen Staates einer heftigen, aber verdienten Kritik zu unterziehen. Diese Stellungnahme des Abg. Ciolkosz hat zwar erst den deutschen „Kurier“ (Kurier „Flustromann“) veranlaßt, gegen Ciolkosz in einem gehässigen Artikel zu Felde zu ziehen. Die Aufpeitschung der Gemüter durch den „Kurier“ hat bereits Früchte getragen. In Larnow und in Siemischow (Kleinpolen) wurden von den Sanatoren öffentliche Versammlungen veranstaltet, in denen das Auftreten des Abg. Ciolkosz im Sejm verurteilt wurde. Wie wir hören, sollen noch weitere Versammlungen dieser Art geplant sein. Aber das alles wird den Nationalisten nichts nützen. Aufgabe der Sozialisten ist es, jegliche Schändtaten der Nationalisten anzuprangern, auch dann und erst recht dann, wenn sie von Angehörigen des eigenen Volkes verübt werden.

lynchjustiz. Im Norden der Vereinigten Staaten wurde ein Landarbeiter von der Menge gelynchet, weil er die Familie eines Farmers ermordet hatte. 80 maskierte Männer holten den Landarbeiter aus dem Gefängnis und hängten ihn an einer Brücke auf.

Die Gesamtbevölkerung der böhmischen Hauptstadt Prag beträgt nach den nunmehr bearbeiteten Ergebnissen der Volkszählung vom 1. Dezember v. J. 840 748 Personen. Davon sind 778 408 Tschechen und 62 340 Deutsche.

Kabinett Laval vor der Kammer

Das alte Lied aus dem Munde des neuen Mannes.

Paris, 30. Januar. Die Regierung stellte sich am Freitag der Kammer und dem Senat vor. Ministerpräsident Laval verlas vor vollem Haus die Regierungserklärung. Er ging zunächst auf die Außenpolitik ein. Frankreich verfolge eine ausgesprochene Friedenspolitik. Die Außenpolitik, die seit 10 Jahren die volle Zustimmung der Kammer gefunden habe, stimme mit der pazifistischen Gestaltung des Landes überein. Die Regierung verfolge methodisch und ruhig die Organisation des Friedens in der Welt und arbeite mit allen Staaten zusammen, die ehrlich von dem gleichen Willen beseelt seien und Achtung und Vertrauen zu den Verträgen hätten. Sie werde außerdem das Werk der Annäherung fortsetzen, ohne dabei die Sicherheit des Landes aus dem Auge zu verlieren, ebenso wenig die Beziehungen, die sie bereits mit befreundeten Staaten angeknüpft habe. In der Abrüstungsfrage erklärte sich die Regierung mit den übrigen Staaten bereit, gemäß den Bestimmungen des Art. 8 des Völkervertrages eine rationelle Einschränkung der Rüstungen vorzunehmen. Sie sei jedoch fest entschlossen, auf der anderen Seite die Politik der Landesverteidigung fortzusetzen, die die Sicherheit und die Unabhängigkeit Frankreichs garantiere. Laval ging dann auf die Laiengelege und auf die von den Radikalsocialisten geforderte Einheitschule ein und betonte, die Regierung sei der Auffassung, daß allen Kindern ohne Unterschied der Herkunft die Möglichkeit gegeben werden müsse, sämtliche Stufen des Unterrichts durchzumachen, wenn sie hierfür die nötige Befähigung aufweisen. Es genüge jedoch nicht, den Minderbemittelten Schulen zu öffnen, sondern man müsse zunächst verlangen, daß die Kinder überhaupt die Schule besuchen. Die Regierung habe daher in ihr Programm die Schulpflicht aufgenommen. In der Sozialpolitik werde sie die materiellen und moralischen Bedrängungen der Arbeiterklasse verbessern. Die im Augenblick dringendste Aufgabe der Kammer sei die Verabschiedung des ausgeglichenen Haushalts, ohne die Steuern zu erhöhen. Ferner habe sich die Reform der Provinz- und Gemeindefinanzen als notwendig erwiesen. Die Beratung des Planes für die nationale Ausrüstung sei angesichts der Arbeitslosenkrise ebenfalls dringend erforderlich. Frankreich werde in einem Augenblick von der Weltwirtschaftskrise betroffen, in dem sich in andern Ländern bereits Symptome für eine Besserung zeigten. Bisher sei es möglich gewesen, dieser Krise zu steuern. Auch die neue Regierung werde dieser Aufgabe ihre besondere Aufmerksamkeit schenken. In der Verteidigungsorganisation gegen diese Krise müsse man in erster Linie Landarbeiter und die Landwirtschaft überhaupt schützen. Laval schloß seine Ausführungen mit der Bitte, das von der Regierung vorgelegte Aufbauprogramm im Interesse des Staates zu fördern und zu verwirklichen und hierbei die Parteipolitik aus dem Spiele zu lassen.

Die Ausführungen des Ministerpräsidenten wurden vom Zentrum und von der Rechten mit starkem Beifall aufgenommen.

Im Senat wurde die Erklärung vom Vizeministerpräsidenten, d. h. dem Justizminister Leon Berard, verlesen.

Paris, 30. Januar. Der auf den ersten Blick ziemlich allgemein gehaltene außenpolitische Abschnitt der französischen Regierungserklärung enthält beim näheren Hinblick zwei Redewendungen, die den Stand des Kabinetts Laval stark umreißen und die jede nur mögliche Illusion im Keime ersticken. Wenn man diese beiden Wendungen aus dem „pazifistischen“ Bekenntnis Lavals herauschält, ergeben sich folgende Grundsätze: 1) Frankreich ist nur bereit mit denjenigen Staaten zusammenzuarbeiten, die die Achtung vor den Friedensverträgen zum Leitfaden ihrer Politik machen. Darin liegt eine neue unmittelbare

Abgabe an den Revisionsgedanken und mittelbar an Deutschland. 2) Frankreich bekennt sich unumwunden zum Primat der „Sicherheit und Aufrechterhaltung der mit befreundeten Staaten bereits angeknüpften Beziehungen, d. h. zur Bündnispolitik“, d. h. Sicherheits- und Militärabkommen. Das alte Lied aus dem Munde des neuen Mannes!

Frankreichs Außenpolitik unverändert.

Paris, 30. Januar. Die Regierungserklärung, die am Donnerstag Gegenstand einer eingehenden Beratung der Kammer war, befaßt sich mit der Außen- und Innenpolitik, der Landesverteidigung, der Politik der Laiengelege und des Unterrichts, der Sozialpolitik und schließlich mit den großen Landwirtschaftsfragen. In bezug auf die Außenpolitik heißt es unter anderem, daß die großen bisher von Briand verfolgten Richtlinien weiter beibehalten würden. Als besonders dringende Aufgaben bezeichnet die Regierung die beschleunigte Verabschiedung des Haushalts, des Gelegesvorschlages für die nationale Ausrüstung und schließlich eine möglichst rasche Hilfe für die französischen Kolonien.



Ein Neger in Lavals Kabinett.

Unterstaatssekretär im französischen Kolonialministerium, Diagne.

Eine interessante Neuheit im Zusammenhang mit der Bildung des Kabinetts Laval ist die Ernennung des schwarzen Abgeordneten Diagne zum Unterstaatssekretär im Kolonialministerium. Zum erstenmal in der französischen Geschichte und in der Geschichte der europäischen Nationen überhaupt ist ein Neger Mitglied der Regierung einer europäischen Großmacht geworden.

Radio im Dienste der kommunistischen Propaganda.

Moskau (über Kowno), 29. Januar. Die Sowjetregierung hat den Bau von zwei Funkstationen, die im Jahre 1932 fertiggestellt werden sollen, genehmigt. Die erste Funkstation soll in Moginsk in der Nähe von Moskau und die zweite in Nomsibirsk errichtet werden. Beide Sender sollen durchschnittlich mit 100 bis 125 Kilowatt arbeiten und der internationalen kommunistischen Propaganda dienen, und zwar die erste Station in europäischen Sprachen und die zweite in chinesischer und japanischer Sprache.



Das neue französische Kabinett.

- 1. Ministerpräsident Laval, 2. Landwirtschaftsminister Lardieu, 3. Justizminister Berard, 4. Luftfahrtminister Duménil, 5. Finanzminister Flandin, 6. Kriegsminister Maginot, 7. Kolonialminister Reynaud, 8. Budgetminister Piétri.

